

Parlamentarische Empfehlung Langfristige Sicherstellung der rechtsmedizinischen Grundversorgung in Uri

Herr Präsident
Meine Damen und Herren

Im Namen der Mitunterzeichner aus der GSUKO, Claudia Brunner, Lea Gisler, Jonas Imhof Oliver Gisler und Petra Muheim reichen wir folgende parlamentarische Empfehlung zum Thema «Langfristige Sicherstellung der rechtsmedizinischen Grundversorgung in Uri» ein:

Begründung

Die Rechtsmedizin ist eine wichtige staatliche Aufgabe und bildet eine zentrale Grundlage für Strafverfolgung, Opferschutz und die Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse. Eine qualitativ hochwertige und jederzeit verfügbare rechtsmedizinische Versorgung liegt deshalb im öffentlichen Interesse.

Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich hat sich bewährt. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass die dort vorhandenen personellen und fachlichen Ressourcen begrenzt sind. Dies betrifft unter anderem Bereiche wie Forensic Nursing und Legalinspektionen. Damit stellt sich zunehmend die Frage, wie die rechtsmedizinische Versorgung der Zentralschweiz langfristig sichergestellt werden kann.

Auch im Kanton Luzern wurde bereits ein Vorstoss zur Prüfung beziehungsweise zum Aufbau eines **Zentralschweizerischen Instituts für Rechtsmedizin** eingereicht. Dies unterstreicht, dass der Bedarf nach einer regionalen Lösung nicht nur den Kanton Uri betrifft, sondern die gesamte Zentralschweiz.

Eine regionale Lösung könnte Fachkompetenzen bündeln, Synergien nutzen und die Verfügbarkeit rechtsmedizinischer Leistungen verbessern. Insbesondere im Bereich des Opferschutzes könnte ein regionales Kompetenzzentrum für Forensic Nursing eine wichtige Funktion übernehmen. Auch bei Grossereignissen, Katastrophen und ausserordentlichen Lagen wäre eine regional verfügbare rechtsmedizinische Fachkompetenz von grossem Nutzen.

Die Zentralschweizer Kantone stehen vor vergleichbaren Herausforderungen. Es erscheint deshalb sinnvoll, frühzeitig gemeinsam zu prüfen, welche Organisationsform und welche interkantonale Zusammenarbeit geeignet sind, um die rechtsmedizinische Grundversorgung langfristig zu sichern.

Empfehlung

Gestützt auf Art. 123 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrates wird dem Regierungsrat **empfohlen**, gemeinsam mit den übrigen Zentralschweizer Kantonen die Möglichkeiten einer langfristigen regionalen Sicherstellung der rechtsmedizinischen Grundversorgung zu prüfen und der Landrätlichen GSUKO über die Ergebnisse zu berichten.

Insbesondere sollen dabei:

- die heutige rechtsmedizinische Versorgung und die bestehenden interkantonalen Kooperationen analysiert werden;
- der zukünftige Bedarf an rechtsmedizinischen Leistungen abgeschätzt werden;
- mögliche Modelle einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit geprüft werden;
- die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen einer solchen Zusammenarbeit aufgezeigt werden;
- die Möglichkeit eines regionalen Kompetenzzentrums für Forensic Nursing geprüft werden;
- die Anforderungen an die rechtsmedizinische Versorgung bei Grossereignissen, Katastrophen und ausserordentlichen Lagen berücksichtigt werden;
- Möglichkeiten zur langfristigen Sicherstellung der erforderlichen personellen und fachlichen Ressourcen aufgezeigt werden.

Der Regierungsrat wird eingeladen, gemeinsam mit den Zentralschweizer Kantonen aufzuzeigen, **welche Schritte notwendig sind, um die rechtsmedizinische Grundversorgung der Zentralschweiz langfristig, qualitativ hochwertig und krisenfest sicherzustellen.**

Erstunterzeichner:



Jonas Schär, SVP Schattdorf

Zweitunterzeichner:



Claudia Brunner, SVP Altdorf



Lea Gisler, Die Mitte Altdorf



Jonas Imhof, SP Altdorf



Oliver Gisler, Die Mitte Altdorf



Petra Muheim Quick, FDP Altdorf